

FREIHANDELSABKOMMEN ZWISCHEN EU UND KANADA (CETA)

Auswirkungen auf die Landwirtschaft – Schwerpunkt Milch und Fleisch

Machtverschiebung von Politik und kritischer Bewegung zu Konzernen



| | |
|---|-----------------|
| Vorwort von Maria Heubuch | Seite 3 |
| Einleitung | Seite 4 |
| CETA im Kontext der EU-Handelspolitik | Seite 5 |
| Eine neue Generation von Freihandelsabkommen | Seite 6 |
| Fazit | Seite 7 |
| Instrumente für die Industrie | Seite 8 |
| Investitionsschutz | Seite 8 |
| Regulatorische Kooperation | Seite 9 |
| Fazit | Seite 10 |
| Marktzugang und Standards: Milch und Fleisch | Seite 10 |
| Zollabbau | Seite 11 |
| Übersicht: Zollfreie Im- und Exportquoten für Fleisch- und Milchmarkt im CETA-Abkommen in Tonnen | Seite 11 |
| Auswirkungen auf milcherzeugende Betriebe | Seite 11 |
| Auswirkungen auf fleischerzeugende Betriebe | Seite 12 |
| Abbau von Standards | Seite 13 |
| Fazit | Seite 15 |
| Ausblick | Seite 16 |
| Quellennachweise und Links | Seite 17 |
| Impressum | Seite 18 |



Liebe Leserinnen und Leser,

innerhalb von nur wenigen Wochen haben mehr als eine Million Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa für den Abbruch der TTIP-Verhandlungen und gegen die Ratifizierung von CETA unterschrieben. Die Rekordzahl von rund 150 000 Eingaben während der Konsultation zum Schiedsgericht-Verfahren führte sogar zum Zusammenbruch des IT-Systems der EU-Kommission. Diese starke Mobilisierung der europäischen Zivilgesellschaft wird auf politischer Ebene zunehmend wahrgenommen. 2015 werden hier entscheidende Weichen gestellt: Rat und Parlament in Brüssel sowie die nationalen Parlamente werden über CETA abstimmen, und auch ein Abschluss der TTIP-Verhandlungen ist geplant. Umso wichtiger ist es, hier weiterhin den Druck der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten und die kritische Diskussion fortzuführen.

Als Abgeordnete im Europäischen Parlament ist es mir ein großes Anliegen, gut recherchierte Hintergrundinformationen in die öffentliche Diskussion einzubringen. Die Einführung von Sonderklagerechten für Konzerne kann unsere Umwelt- und Verbraucherschutzstandards verwässern und wird zu recht heftig kritisiert. Es steht aber noch viel mehr auf dem Spiel. Das vorliegende Hintergrundpapier legt den Schwerpunkt auf die Auswirkungen des CETA-Abkommens auf die Ernährungssouveränität auf beiden Seiten des Atlantiks. Denn über dieses Freihandelsabkommen wird auch eine Auseinandersetzung zwischen agrar-ökologischen, bäuerlichen Produktionsformen und der multinationalen Agrar- und Lebensmittelindustrie ausgetragen. Der vorliegende Artikel liefert Zahlen und Fakten direkt aus dem CETA-Vertragstext, der - im Gegensatz zum TTIP-Text - bereits auf dem Tisch liegt und ausgewertet werden kann. Die Inhalte sind höchst brisant, auch weil der CETA-Text als Blaupause für die TTIP-Verhandlungen gilt.

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament steht den beiden Verträgen sehr kritisch gegenüber. Gemeinsam mit einer starken Zivilgesellschaft können wir dafür sorgen, dass Umwelt- und Verbraucherschutzstandards aufrechterhalten und nicht durch die Dogmatiker des Freihandels unterwandert werden!

Mit besten Grüßen

Maria Heubuch



EINLEITUNG

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement - CETA) gehört zu einer neuen Generation von europäischen Handelsabkommen, die nicht nur den Zollabbau zum Ziel haben, sondern eine weitergehende „tiefe Integration“ vorantreiben sollen. Fünf Jahre lang wurden geheime Verhandlungen geführt, seit September 2014 liegt nun der fertige Vertragstext vor. Die Verhandlungen haben unter Ausschluss der Parlamente und der Öffentlichkeit stattgefunden - aber die Agrarindustrie, Banken und Konzerne saßen mit an den Tischen und haben ihre Interessen eingebracht. Dieses Jahr soll der Vertragstext den Parlamenten und dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden.

Vor allem durch die anhaltende Kritik an den Verhandlungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen mit den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP) erhält auch das CETA-Abkommen aktuell verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit. Das CETA gilt als Nagelprobe für das TTIP-Abkommen. Es wäre das erste umfassende Handelsabkommen zwischen der EU und einem anderen Industrieland. Es beinhaltet das umstrittene Instrument

der privaten Schiedsgerichte zum Schutz von Investoren. Es geht weit über Handelsfragen hinaus und umfasst eine breite Palette an Themen, wie etwa Finanzdienstleistungen, öffentliche Dienste, geistige Eigentumsrechte, Biotechnologie oder Umwelt- und Verbraucherschutzstandards im Lebensmittelbereich. Grünes Licht für das CETA-Abkommen würde bedeuten, dass die USA noch stärker auf ein ähnliches, und den durchgesickerten Dokumenten zu Folge noch umfassenderes, Abkommen dringen würden.

Mit CETA sollen neue Instrumente geschaffen werden, mit denen Industrie und Konzerne mehr Macht erhalten und stärkeren Einfluss auf politische Prozesse nehmen können. Mit der Einrichtung von privaten Schiedsgerichten und dem zwischenstaatlichen Abgleich von Gesetzesvorschlägen schon vor ihrer Verabschiedung könnten sie unliebsame Regulierungen abwenden oder abschwächen.

Die Debatte um diesen sogenannten Investorenschutz-Mechanismus (Investor State Dispute Settlement - ISDS) steht im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik an CETA und TTIP (vgl. Eberhardt et al. 2014, CEO et al. 2013). Viel weniger bekannt sind die negativen Auswirkungen auf

die Ernährungssouveränität auf beiden Seiten des Atlantiks. Das vorliegende Hintergrundpapier möchte diese Lücke schließen. Es möchte die Verbindung herstellen zwischen weitreichenden Klagerechten für Konzerne auf der einen Seite und einer Absenkung der Standards in der Lebensmittelherzeugung auf der anderen Seite.

Diese Klagerechte, die in CETA und TTIP verankert sind, können dazu führen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher künftig nicht mehr ausreichend vor neuen Risikotechnologien geschützt werden können. Mehrere bereits beschlossene Standardabsenkungen untermauern diese Befürchtung. Diese erfolgten parallel zu den Gesprächen, um guten Willen zu demonstrieren und den Verhandlungsprozess voranzubringen.

Die geplanten zollfreien Quoten¹ für den Handel mit Fleisch und Milch werden bäuerliche Betriebe in den jeweiligen Ländern unter Druck setzen. Hier besteht die Gefahr, dass zusätzlich produzierte Mengen den Preisdruck auf ohnehin schon gesättigte und übersättigte Märkte weiter schüren.

Dass CETA, TTIP und alle anderen einseitig auf Deregulierung und Liberalisierung ausgerich-

teten bi- oder plurilateralen Handelsabkommen derzeit so rege und kritisch diskutiert werden, liegt an einer gezielten und gebündelten Arbeit der deutschen, europäischen und transatlantischen Nichtregierungsorganisationen. Ein starker Motor dieser Bewegung ist das deutsche Bündnis „TTIP unfairhandelbar“, dem mittlerweile mehr als achtzig Organisationen und Verbände angehören. Nachdem die EU-Kommission einem Antrag auf Durchführung einer Europäischen BürgerInneninitiative zum Thema nicht stattgegeben hat, führen die beteiligten Organisationen diese auf selbstorganisierter Basis durch. Innerhalb von wenigen Wochen erreichte diese Initiative bereits mehr als eine Million UnterstützerInnen, was vom Ausmaß des Unmuts innerhalb der europäischen Bevölkerung zeugt.

Dieses Hintergrundpapier bietet einen Überblick über die EU-Handelspolitik und erläutert die Bedeutung des CETA-Abkommens als Blaupause für das aktuell verhandelte TTIP. Am Beispiel von Milch und Fleisch wird dargestellt, welche Folgen die Unterzeichnung des CETA-Vertrags auf Landwirtschaft und Verbraucherschutz hätte.

CETA IM KONTEXT DER EU-HANDELSPOLITIK

Um die Bedeutung des CETA-Abkommens verorten zu können, soll hier ein kurzer Überblick über die derzeitige weltweite Handelspolitik mit Fokus auf Europa gegeben werden.

Der letzte multilaterale Handelsvertrag in der Welthandelsorganisation (WTO) ist 1994 beschlossen worden. 161 Mitglieder, also Länder, sind in der WTO über eine gemeinsame Handelspolitik vereint. Das seither kein neuer Vertrag verhandelt wurde, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass weltweit die Öffentlichkeit – allen voran attac – die Inhalte der Verhandlungen kritisch begleitet hat. Auch die Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich zunehmend emanzipiert, in Gruppen zusammengeschlossen und eigene Anforderungen und Schutzmechanismen

für ihre Märkte eingefordert. Diese Kritik hat, wenn auch abgeschwächt, Eingang in die Verhandlungen gefunden. Eine einseitige Einigung auf Liberalisierung, vor allem im Interesse von Industrie und Konzernen, wurde immer weniger möglich. Daher wurden die Verhandlungen in der WTO auf Eis gelegt.

Die Europäische Union treibt stattdessen eine aggressive Handelspolitik mit bilateralen Verträgen, also Verträgen zwischen zwei Ländern oder Ländergruppen, massiv voran. Die Marschrichtung für die europäische Handelspolitik ist in verschiedenen Veröffentlichungen vorgegeben, etwa in ihrer Strategie „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“. Dabei geht es um Beseitigung von Handelshemmnissen in Drittländern und

¹ Zollquoten (auch Zollkontingent, Importquote oder zollfreie Quote genannt) legen fest, welche Menge einer Ware zollfrei gehandelt werden darf.

die Verbesserung der Marktzugangsbedingungen für EU-Unternehmen außerhalb von Europa. Der Abbau von Zöllen auf gewerbliche und landwirtschaftliche Erzeugnisse bleibt wichtig (EU-Kommission 2010). Die EU-Handelspolitik hat die Erschließung neuer Märkte für europäische landwirtschaftliche Produkte zum Ziel. Diese Politik ist die Zwillingschwester einer immer stärker auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten EU-Landwirtschaftspolitik.

Bilaterale Handelsverträge schießen wie Pilze aus dem Boden. Mittlerweile hat Europa mit 50 Ländern Handelsabkommen abgeschlossen. Darunter sind auch Handelsverträge mit armen Ländern wie Simbabwe, Trinidad, Peru, Chile oder Kolumbien. Die EU steht mit 83 Ländern in Verhandlungen um bilaterale Handelsverträge, darunter auch Länder wie Kenia, Burkina Faso, Äthiopien, Sambia, Eritrea, Niger oder Indien (EU-Kommission 2014). Diese Handelsverträge sind zumeist weitreichender als die Vorgaben der WTO. Das Problem dabei ist, dass die einseitig an ökonomischen Interessen ausgerichtete EU-Handelspolitik Gefahr läuft, entwicklungspolitische Ziele wie die Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu unterlaufen.

EINE NEUE GENERATION VON FREI-HANDELSABKOMMEN

Die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) bzw. Kanada (CETA) sind ebenfalls bilaterale Handelsabkommen. TTIP wird seit 2013 aktiv verhandelt und ist noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen zwischen der EU und Kanada wurden 2009 aufgenommen. Am 26. September 2014 kündigten Kanada und die Europäische Union den Abschluss der CETA-Verhandlungen an. Als nächster Schritt soll der fertige Text ratifiziert werden.

Das CETA ist ein umfassendes Freihandels- und Investitionsschutzabkommen neuen Typs zwischen der EU und Kanada und stellt Weichen für künftige ähnliche Abkommen (namentlich das TTIP EU-USA). Anders als die multilateralen WTO-Abkommen, die potenziell weltweit gelten und dementsprechend vielfältige Interessensgegensätze mit einem (Minimal-) Konsens auflösen, geht es bei CETA um ein zweiseitiges Ab-

kommen weit über den Abbau von Zollschränken hinaus, mit dem Potenzial viel weitreichenderer Vereinbarungen als es im WTO-Rahmen derzeit möglich erscheint (Mayer 2014). Vielmehr sollen weitreichende Regelungen in Bereichen getroffen werden, die bisher noch nicht in diesem Umfang international geregelt sind, sondern bis jetzt weitgehend nationalem Recht und einzelstaatlicher Politik unterliegen. Das kanadisch-europäische Vorhaben hat in diesem Rahmen weniger wegen des ökonomischen Gewichts, sondern eher wegen seiner Pionierfunktion große Bedeutung. Nach Vertragsschlüssen mit Peru und Kolumbien, Chile und Südkorea geht es hier erstmals um ein Abkommen mit einem westlichen Industrieland, noch dazu einem nordamerikanischen Land, dessen Präferenzen und Politiken in vielen Bereichen denjenigen der USA ähneln (Stoll 2014). In CETA getroffene Regelungen könnten aufgrund der engen Verflechtung der Wirtschaftsräume der USA und Kanadas schon vor Abschluss von TTIP Fakten schaffen (Deutscher Bundestag 2014). Erklärtes Ziel ist es, durch diese Abkommen globale Standards zu



setzen. Länder, die von diesen Abkommen und den vereinbarten Standards indirekt betroffen sein werden, können die Ergebnisse mangels Anwesenheit am Verhandlungstisch nicht beeinflussen.

Die Inhalte von CETA betreffen etwa Landwirtschaft, öffentliche Dienstleistungen, Finanzthemen, geistige Eigentumsrechte, Biotechnologie, Arbeitnehmerrechte und mehr. Ein breites Spektrum gesellschaftlicher Anliegen ist somit betroffen. Scharfe Instrumente wie regulatorische Kooperation und Investitionsschutz sind vorgesehen. Trotzdem haben die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und selbst der Parlamente stattgefunden. Die EU-Kommission verhandelt auf Grundlage eines Verhandlungsmandats, das durch den Rat erteilt wurde. Die Inhalte bleiben während der Verhandlungen weitestgehend geheim. Erst im Sommer des Jahres 2014 haben PolitikerInnen Zugang zu den CETA-Verhandlungstexten erhalten. Seit September steht der CETA-Vertragstext auch auf der Homepage der EU-Kommission und ist somit öffentlich zugänglich. Änderungsmöglichkeiten sind nicht vorgesehen. Das EU-Parlament und der Rat der europäischen HandelsministerInnen stimmen in den kommenden Monaten über CETA ab.

Voraussichtlich werden auch die nationalen Parlamente darüber abstimmen. Dies ist davon abhängig, ob der Vertrag als „gemischtes Abkommen“ eingestuft wird, also ob sich die Auffassung durchsetzt, dass das Abkommen die Rechte und Belange der EU-Nationalstaaten betrifft. Laut einem vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten ist dies der Fall (Mayer 2014). Die Regelungen zum Investitionsschutz, aber auch andere Regelungen, greifen in die Kompetenz der Mitgliedsländer ein. Die Frage, ob es sich um ein gemischtes Abkommen handelt oder nicht, stellt entscheidende rechtliche Weichen auch für den Umgang mit TTIP. Falls die Kommission, ein Mitgliedsland oder das Europäische Parlament Klage einreichen, könnte die Frage dem Europäischen Gerichtshof zur Beantwortung vorgelegt werden.

Während der Verhandlungen zu CETA und TTIP sind Politik und Öffentlichkeit weitestgehend ausgeschlossen, nicht aber die Privatwirtschaft. Die Nichtregierungsorganisation Cor-

porate Europe Observatory (CEO) hat für TTIP den Einfluss von Industrie und Konzernen offengelegt. Die EU-Kommission hielt von Ende 2012 bis zum Frühjahr 2013, also vor Beginn der TTIP-Verhandlungen, 560 Vorgespräche mit privaten Interessensvertretungen ab. Das entspricht 92 Prozent aller Treffen - davon allein 113 Treffen mit multinationalen Lebensmittelkonzernen, Agrarhändlern und Saatgutherstellern. Die Agrar- und Lebensmittelindustrie ist damit die Nummer 1, wenn es darum geht, ihre Interessen in die Freihandelsverhandlungen einzubringen. Die Automobil-, Finanz-, Chemie- und Pharma-Lobby brachten es nicht einmal gemeinsam auf diese hohe Zahl an Gesprächen. Oben auf der Lobbying-Liste europäischer Agrarkonzerne stehen EUCOLAIT, der europäische Milchindustrieverband und die Vereinigung der Europäischen Ernährungsindustrie „Food Drink Europe“ mit jeweils acht Treffen, danach kommt Nestlé mit zwei Treffen. Ferner sind beispielsweise Molke-reivertreter, die Düngemittelindustrie und Vertreter der Biotechnologie in der Liste zu finden (CEO 2014).

Es ist sicher davon auszugehen, dass auch für das CETA-Abkommen Treffen zwischen der EU-Kommission und der Industrie stattgefunden haben, um Inhalte für die Vertragstexte abzusprechen.

FAZIT

Die EU-Handelspolitik treibt eine weitere Deregulierung und Liberalisierung von Märkten weltweit voran. Die EU-Kommission setzt zu diesem Zweck verstärkt auf Verhandlungen außerhalb des multilateralen Systems und auf eine neue Generation von Abkommen, die über den Zollabbau hinaus auch die Umwelt- und Verbraucherschutzstandards weltweit vereinheitlichen sollen. Intransparente und geheime Verhandlungen sowie die Einbeziehung der Privatwirtschaft führen zu einer Machtverschiebung weg von der Politik und der europäischen Öffentlichkeit hin zu Konzernen und Privatwirtschaft. Dadurch kann die Privatwirtschaft ihre Interessen einbringen. Das nächste Kapitel beschreibt, wie sich dieser starke Einfluss von Partikularinteressen im CETA-Vertrag widerspiegelt.



INSTRUMENTE FÜR DIE INDUSTRIE

Im CETA-Vertragswerk sind zwei Kapitel hervorzuheben, die Instrumente bereitstellen, um künftige Gesetzesinitiativen zur Regulierung von Industrien abzuwenden oder nur abgeschwächt zu ermöglichen – der Investitionsschutz und die so genannte regulatorische Kooperation, also der zwischenstaatliche Abgleich von Gesetzesvorschlägen schon vor ihrer Verabschiedung.

INVESTITIONSSCHUTZ

Der CETA-Vertragstext beinhaltet ein weitreichendes Investitionskapitel, mit dem ausländische Investoren und multinationale Konzerne gestärkt werden (Sinclair et al. 2014). Das Investitionskapitel enthält einen Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten, kurz ISDS (Investor State Dispute Settlement). Dadurch könnte es zu einem regelrechten Boom von Unternehmensklagen gegen Kanada, die EU und die EU-Mitgliedstaaten kommen. Befürcht-

et wird, dass auf Grundlage solcher Bestimmungen demokratisch legitimierte Entscheidungen im Bereich Umwelt-, Verbraucher- oder Tierschutz vermehrt von Konzernen angegriffen werden. Der ISDS-Mechanismus gibt Konzernen das Privileg, Staaten direkt vor privaten internationalen Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu verklagen – und zwar auch für Regulierungen in den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Finanzen und andere Schutzstandards, die aus Sicht der Investoren ihre Rechte beeinträchtigen. Auch ein möglicher „chilling effect“ wird diskutiert: Aus Angst vor Klagewellen könnten Staaten davor zurückschrecken, in bestimmten Bereichen überhaupt Regulierungen zu beschließen. Investoren klagen weltweit bereits gegen Anti-Tabak-Gesetze, Verbote giftiger Stoffe, Regulierungen im Bergbau, Vorgaben bei Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie Regulierungen von gefährlichem Abfall, Steuermaßnahmen und Fiskalpolitik (Eberhardt et al. 2014). Der bekannteste Fall in Deutschland

ist der schwedische Energiekonzern Vattenfall, der Deutschland um eine Entschädigung von 4,7 Milliarden Euro verklagt hatte, nachdem der Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima demokratisch beschlossen wurde.

Das internationale Investitionsschutzsystem war ursprünglich dazu gedacht, ausländische Investitionen in Ländern mit einem schwachen und korrupten Justizsystem zu schützen. Schiedsgerichte sollten für eine unabhängige und faire Gerichtsbarkeit sorgen. Doch mittlerweile hat sich das System verselbstständigt, und SchiedsrichterInnen und ihre Kanzleien lobbyieren für eine Ausweitung des Systems auch auf Staaten mit funktionierendem Justizsystem (CEO et al. 2012).

Die Erfahrungen mit bestehenden bilateralen Investitionsschutzabkommen offenbaren dabei die Missbrauchsanfälligkeit bestimmter Klauseln im Rahmen von außergerichtlichen Schiedsverfahren, wie zum Beispiel zu „fairer und gerechter Behandlung“. Zunehmend nutzen Konzerne solche Bestimmungen, um unliebsame Regulierungen zu Fall zu bringen oder hohe Schadenersatzforderungen, teilweise in Milliardenhöhe, geltend zu machen, für die dann die SteuerzahlerInnen in Haftung genommen werden (Deutscher Bundestag 2014).

Kanada hat bereits leidvolle Erfahrungen mit derartigen Investitionsschutzklauseln machen müssen. Im Jahr 1994 haben Kanada, die USA und Mexiko das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) abgeschlossen. Kanada hat seither rund 170 Millionen Kanadische Dollar Schadenersatz an Konzerne zahlen müssen. Aufgrund jüngster ISDS-Klagen stehen noch Milliardenbeträge aus (Sinclair et al. 2014). Lone Pine Resources, ein kanadisches Öl- und Gas-Unternehmen, hat Kanada auf 250 Millionen Dollar Schadenersatz verklagt, weil die Provinz Québec ein Fracking-Moratorium erlassen hat. Dieses Beispiel zeigt, dass der ISDS-Mechanismus sogar Klagen von Konzernen gegen ihr eigenes Land ermöglicht. Lone Pine Resources nutzte dafür seine Tochterfirma mit Sitz in den USA, um sich auf das Investitionsschutzkapitel der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA zu berufen (Cingotti et al. 2014).

Anlässlich von TTIP ist der Investitionsschutz unter massive öffentliche Kritik geraten, weshalb

die EU-Kommission im Sommer 2014 über einen Zeitraum von vier Monaten eine öffentliche Konsultation zu diesem Kapitel durchgeführt hat. Diese Konsultation der EU-Kommission bezieht sich aber nur auf TTIP; CETA wurde ausgenommen. Würde CETA in Kraft treten, könnten auch ohne ein Investitionsschutzkapitel in TTIP Unternehmen in den USA und der EU über Tochterfirmen in Kanada eben diese Klageprivilegien einfordern (Deutscher Bundestag 2014).

REGULATORISCHE KOOPERATION

Da die Zölle zwischen der EU und Kanada im Durchschnitt nur gering sind, nimmt das CETA-Abkommen die sogenannten nicht-tarifären Handelshemmnisse in den Fokus. Darunter sind unterschiedliche nationale Umweltschutz-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards zu verstehen, die dazu führen, dass Güter nicht gehandelt werden. Beispiele hierfür sind etwa der Einsatz von Hormonen in der Fleischerzeugung oder die Behandlung von Schlachtkörpern mit Chemie, beides in Kanada gängige Praxis.

In Europa gelten im Allgemeinen höhere Standards, die von der Zivilgesellschaft und fortschrittlichen PolitikerInnen mühsam erkämpft wurden. Diese sogenannten Handelshemmnisse sollen in Zukunft durch eine regulatorische Zusammenarbeit, also den zwischenstaatlichen Abgleich von Gesetzesvorschlägen, schon im Vorhinein verhindert werden können.

Das CETA-Kapitel zur regulatorischen Kooperation ist dabei vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen der EU-Kommission zum Handels- und Investitionsabkommen TTIP zu betrachten. Denn was im CETA-Abkommen festgeschrieben wurde, soll in einem nächsten Schritt auch ins TTIP-Abkommen übernommen werden.

Insgesamt bleibt das Kapitel zur regulatorischen Kooperation im CETA in weiten Teilen recht vage, lässt aber gerade dadurch Raum für eine weitreichende Auslegung durch die EU-Kommission. Eines der Kernelemente des Kapitels ist die Einrichtung eines neuen Gremiums, des sogenannten „Forums für regulatorische Zusammenarbeit“. Die Ausgestaltung dieser Institution wird nur sehr schemenhaft beschrieben. Klar wird al-

lerdings, dass sie keine eindeutige Rechenschaftspflicht hat und der EU-Kommission somit einen weiten Auslegungsspielraum gewährt (Hartmann 2014).

Es ist wahrscheinlich, zumindest aber vorstellbar, dass etwa parlamentarische Kontrollbefugnisse beeinträchtigt werden oder der Erlass neuer Gesetzesstandards erschwert wird.

FAZIT

Mit diesen Instrumenten würde es der Industrie möglich gemacht, notwendige Umwelt- und

Gesundheitsgesetze im Landwirtschaftssektor abzuwenden oder zu verwässern. Mit dem Investitionsschutz hätten die Konzerne einen Hebel in der Hand, um gegen unliebsame Regulierungen zu klagen. Die regulatorische Kooperation eröffnet Möglichkeiten für eine Einflussnahme von Konzernen und Unternehmen auf geplante Gesetzgebungen. Das ist zum einen undemokratisch, zum anderen ein Einfallstor für bestehende und künftige Risikotechnologien.



MARKTZUGANG UND STANDARDS: MILCH UND FLEISCH

Die gesetzlichen Standards in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, Tierschutz, Kennzeichnungserfordernisse für Lebensmittel und Genehmigung von geklonten, hormonbehandelten und genetisch veränderten Nahrungsmitteln sind in Kanada generell schwächer als in Europa (Sinclair 2014). Gleichzeitig sind einige sensible Produkte wie Käse oder Fleisch derzeit noch mit hohen Zöllen geschützt. Diese Ausgangslage führte zu zwei Strategien der Unterhändler in den CETA-Verhandlungen. Zum einen wurden europäische Standards in vorauseilendem Gehorsam auf kanadisches Niveau gesenkt, um guten Willen zu demonstrieren und die Verhandlungen voranzutreiben. Andere Standards, wie etwa das euro-

päische Verbot des Einsatzes von Hormonen in der Fleischproduktion, wurden aufrechterhalten. Im Gegenzug räumte die EU aber höhere Zollquoten für den Import sensibler Produkte wie Rindfleisch ein, vermutlich als „Entschädigung“ für die Aufrechterhaltung ihrer Standards, die als Handelshemmnisse gelten. Auch Kanada erhöhte seine Importquoten für europäischen Käse und verringert auf diese Weise die Einkommensmöglichkeiten für seine eigenen Milchbauern. So wird die am kanadischen Verbrauch ausgerichtete Milchmarktregulierung unnötig unter Druck gesetzt - dabei könnte das kanadische System ein Vorbild für den von Krisen geschüttelten europäischen Milchsektor sein.

ZOLLABBAU

Der Zollabbau spielt im CETA-Abkommen eine untergeordnete Rolle, da die Zölle zwischen Kanada und EU bereits niedrig sind. Für einige sensible landwirtschaftliche Produkte, wie Fleisch und Käse, sind die Zölle allerdings teilweise sehr viel höher. Im Jahr 2007 hat die EU durchschnittlich 2,2 Prozent Zölle auf den Import kanadischer Produkte erhoben; Kanada verlangte im Gegenzug 3,5 Prozent Zölle für europäische Produkte. Für europäischen Käse erhebt Kanada hingegen einen Zoll von 245,6 Prozent. Die EU belegt Importe von Rindfleisch mit Zöllen von bis zu 407,8

Prozent und Schweinefleischimporte mit durchschnittlich 37,5 Prozent (EU-Kommission et al. o. J.), um ihre nationalen Märkte vor Importfluten zu schützen.

Im Kapitel Marktzugang des CETA-Vertrags sind die Zollquoten für sensible landwirtschaftliche Produkte erheblich erhöht worden. Die folgende Übersicht skizziert die bestehenden Zollquoten für Schweinefleisch, Rindfleisch und Käse, die tatsächlichen Handelsströme dieser Produkte im Beispieljahr 2012 und die neuen Zollquoten, die bei Ratifizierung des CETA-Vertrags geltend würden.

ÜBERSICHT: ZOLLFREIE IM- UND EXPORTQUOTEN FÜR FLEISCH- UND MILCHMARKT IM CETA-ABKOMMEN IN TONNEN

| | Existierende Zollquoten ⁽¹⁾ | Tatsächliche Importe 2012 ⁽²⁾ | CETA Zollquoten ⁽¹⁾ | Zollquoten gesamt nach CETA-Einführung |
|------------------------------|---|--|--|--|
| Kanada nach EU | | | | |
| Schweinefleisch (hormonfrei) | 5 549 ^(a) | 63 | 75 000 nach 6 Jahren | 80 549 |
| Rindfleisch (hormonfrei) | 4 160 ^(b) maximal 11 500 ^(c) | 42 | 45 840 nach 6 Jahren | 50 000 plus max. 11 500 |
| EU nach Kanada | | | | |
| Käse | 13 472 ^{(d) (l)} | 14 505 | 16 000 nach 6 Jahren 800 ^(d) | 31 072 |
| Industriekäse | | | 1 700 | 1 700 |

Quellen:

(1) Consolidated CETA Text (2014): Chapter 3. National Treatment and Market Access for Goods, Version of 26 September 2014

(2) BMEL-Statistik (2014): <http://www.bmelv-statistik.de/de/daten-tabellen-suche/>, abgerufen am 23. September 2014

Anmerkungen aus Consolidated CETA Text (2014):

(a) The aggregate annual duty-free quantities in the table above (75.000 after year 6) shall be increased, beginning in year 1 by 5.549 Metric Tonnes pursuant to the volume established in the EU's Canada-specific WTO tariff quota for pig-meat.

(b) Resulting from the application of Council Regulation (EC) No 617/2009 of 13 July 2009 opening an autonomous tariff

(c) (...) Originating goods that are exported from Canada and are imported into the EU through the EU's existing WTO tariff quota for high quality fresh, chilled and frozen meat of bovine animals, Commission Implementing Regulation (EU) No 593/2013 of 21 June 2013, shall be duty-free on the date this Agreements enters into force.

(d) Canada shall reallocate, beginning in year 1, 800 tonnes of Canada's 20.411.866 kilogram WTO Tariff Rate Quota for cheese to the EU.

Anmerkung aus weiterer Quelle:

(l) The tariff quota set for cheese imports is 20,412 tonnes (of which the EU supplies 66% of the quota volume) (EU-Kommission et al. o J.).

AUSWIRKUNGEN AUF MILCH-ERZEUGENDE BETRIEBE

Laut CETA-Vertrag hat Kanada der EU im Milchsektor eine neue zollfreie Importquote für Käse von 16.800 Tonnen (plus 1.700 Tonnen Industriekäse¹) zugestanden. Die bisherige Quote beläuft sich auf 13.472 Tonnen. Somit hat sich die Quote

für Käse auf 31.072 Tonnen verdoppelt. Während im Fleischsektor die EU-Zollquoten für kanadische Importe aufgrund der unterschiedlichen Standards in der Vergangenheit kaum ausgefüllt wurden, sind die kanadischen Zollquoten für EU-Käse ausgefüllt und in einigen Jahren auch leicht überschritten worden. Das lässt vermuten, dass es der europäischen Molkereiindustrie leicht

¹ Industriekäse heißt in diesem Zusammenhang, dass dieser Käse als Zutat in der Lebensmittelverarbeitung weiterverarbeitet wird und nicht im Einzelhandel verkauft werden darf.

fallen wird, diese Verdopplung der Zollquote auszufüllen.

Dadurch werden die kanadischen MilcherzeugerInnen unter Druck gesetzt. Die kanadischen Milcherzeuger würden durch CETA vier Prozent ihres nationalen Käsemarktes verlieren (Sinclair et al. 2014). Vergleicht man die gesamten zollfreien Exportquoten für EU-Käse in Höhe von 32 772 Tonnen mit der Käseproduktion in Kanada nach FAO-Daten von 425 400 Tonnen im Jahr 2012, dann verlieren die kanadischen Milcherzeuger insgesamt sogar 7,7 Prozent ihres nationalen Käsemarktes an die EU-Exportindustrie.

Derzeit erhalten kanadische Milchbauern und -bäuerinnen für ihre Milch noch kostendeckende Preise. Der Milcherzeugerpreis in Kanada ist vom tendenziell niedrigeren Weltmarktpreis entkoppelt, da Kanada über ein aktiv gestaltetes Quotensystem zum Management der erzeugten Milchmenge verfügt. Der EU-Milchpreis hingegen hängt aufgrund der Weltmarktorientierung stärker vom Weltmarktpreis ab. Diese Situation wird verschärft, wenn im neuen Milchwirtschaftsjahr 2015 das Milchquotensystem in Europa ausläuft. Dies wird allen Prognosen zufolge zu noch niedrigeren europäischen Erzeugerpreisen für Milch führen. Außerdem wird erwartet, dass in nordeuropäischen Gunstlagen noch mehr Milch erzeugt wird, während die Milcherzeugung in den Berggebieten und peripheren Grünlandregionen weiter zurückgehen wird. Ziel dieser Politik ist es, billige Rohstoffe für exportorientierte Molkereiunternehmen zur Verfügung zu stellen und so die Märkte in China und anderswo bedienen zu können.

Das hochpreisige und auf nationale Versorgung ausgerichtete kanadische Marktsystem würde durch CETA ein Stück weit gegen das weltmarktorientierte europäische System ausgespielt. Für die europäischen Milcherzeuger kann die mit CETA geplante Erhöhung der Rindfleischimporte aus Kanada zusätzliche Marktprobleme bringen, da sie mit niedrigeren Einnahmen aus dem Schlachtkuh- und Kälberverkauf rechnen müssen.

Von den Zollsenkungen profitieren europäische Exportunternehmen, nicht aber die Bäuerinnen und Bauern in Kanada oder Europa (Sinclair et al. 2014). Das zeigt einmal mehr, das CETA, ge-



nau wie TTIP, nicht nur eine Auseinandersetzung zwischen europäischen und kanadischen oder US-amerikanischen Standards ist, sondern auch zwischen der bäuerlichen Bewegung und der Agrar- und Lebensmittelindustrie.

AUSWIRKUNGEN AUF FLEISCH-ERZEUGENDE BETRIEBE

Im Fleischsektor zeigt sich ein ähnliches Bild. Die erhöhten Zollquoten für kanadische Schweinefleischimporte würden europäische Schweinefleischbetriebe mit dem deutlich stärker industrialisierten kanadischen Produktionsmodell in Konkurrenz setzen. Unterschiedliche Standards in der Schweinefleischerzeugung betreffen unter anderem den Einsatz von Wachstumshormonen und Raktopamin¹, beides in Kanada gängige Praxis, aber in der EU verboten. Um diese Verbote aufrechtzuerhalten, räumte die EU höhere Importquoten für Fleisch ein, das ohne Hormone und Raktopamin erzeugt wird.

Konkret hat die EU dem Land Kanada für Schweinefleisch, das ohne Hormone erzeugt wird, im CETA-Vertragstext eine zollfreie Importquote von 80.549 Tonnen (schrittweise Erhöhung über

¹ Raktopamin Hydrochlorid wird als Mastmittel eingesetzt, um schnelleres und stärkeres Muskelwachstum zu erzielen. Teilweise führt das zu unerwünschten Folgen und erkrankten Tieren. Die gesundheitlichen Folgen für

6 Jahre nach Vertragsbeginn) zugestanden. Die gesamten zollfreien Quoten, die die EU allen anderen Handelspartnern bisher im Rahmen von Handelsverträgen zugesteht, belaufen sich hingegen auf nur 100.626 Tonnen. Somit ist die neue Quote, die über CETA wirksam werden soll, als sehr hoch einzustufen.

Das liegt auch darin begründet, dass die EU die Erzeugung von Schweinefleisch mit Raktopamin verbietet, das in Kanada in der Schweinemast üblicherweise angewendet wird (Sinclair et al. 2014). Um diesen Standard auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, musste die EU eine Erhöhung der bisherigen zollfreien Quote um das Sechzehnfache zugestehen.

Der Umfang dieser Zugeständnisse ist gewichtig. Es ist anzunehmen, dass im Zuge der Verhandlungen die andere Seite dafür ebenfalls gewichtige Zugeständnisse gemacht hat. Hinzuweisen ist aber auch darauf, dass die gewährten Zollkontingente zu einem Teil auf eine frühere Vereinbarung zwischen den Parteien zur Beilegung der Kontroverse um die Wachstumshormone zurückgehen. Die erhöhten Zollkontingente sind dazu bestimmt, in rentabler Form ganze Herden für den Export ohne Hormonhilfe aufzuziehen (Stoll et al. 2014). Die USA haben bereits angekündigt, dass sie im Falle eines TTIP-Abkommens ebenfalls einen deutlich höheren zollfreien Quotensatz erwarten.

Doch der deutsche und europäische Markt für Schweinefleisch ist von Überproduktion geprägt und aufgrund der massiven europäischen Weltmarktorientierung bereits unter Preisdruck. Der Selbstversorgungsgrad liegt in Deutschland im Jahr 2012 bei 116 Prozent (Thomsen 2013). Jede zusätzliche Erhöhung der Produktion wird weiter auf die Preise drücken. In Kanada (und in den USA) sind Erzeugerpreise von Schweinefleisch deutlich niedriger als in der EU. Die Produktion ist dort bereits industrialisierter und aufgrund geringerer Standards kostengünstiger. Steigende Importe aus Kanada würden besonders bäuerliche Betriebe in Deutschland und Europa mit diesen industriellen Produktionsstrukturen in Konkurrenz setzen und teilweise aus der Produktion drängen. Ebenfalls würde sich dadurch die notwendige Weiterentwicklung von Tierschutz- und Umweltstandards in der Fleischerzeugung

sowohl in Deutschland als auch EU-weit immer schwieriger gestalten.

Bei Rindfleisch soll sich die zollfreie Quote auf mindestens 50.000 Tonnen erhöhen. Weitere 11.500 Tonnen hat die EU im Rahmen der WTO als Importquote mit einem niedrigen Zollsatz zugestanden. Diese Quote ist nicht länderspezifisch. Für Kanada soll mit CETA die Möglichkeit eingeräumt werden, sich zollfrei aus dieser Quote zu bedienen. Andere Länder müssen weiterhin einen geringen Zollsatz zahlen, wenn keine entsprechenden bilateralen Einigungen darüber vorliegen. Aktuell beläuft sich die zollfreie Quote auf 4.160 Tonnen. Somit bedeutet CETA eine Erhöhung der Quote mindestens um das Zwölfwache.

Auch hier ist anzunehmen, dass diese erhöhten Importquoten im Zuge eines „Kuhhandels“ zur Aufrechterhaltung der höheren europäischen Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards zustande gekommen sind. Die EU hat ihre Verbote gegenüber Rindfleisch, das unter Einsatz von Hormonen produziert wird, nicht aufgehoben (Sinclair et al. 2014). Die Online-Zeitung ‚Global Meat news.com‘ meldet, dass Kanada aufgrund von CETA die Produktion von hormonfreiem Fleisch für den Export ausbauen wolle. Dafür bietet die hohe EU-Importquote für Fleisch nun offenbar ausreichend Anreize.

ABBAU VON STANDARDS

Während die Aufrechterhaltung der europäischen Verbote von Hormonen und Raktopamin in der Fleischerzeugung durch höhere Einfuhrquoten erkaufte wurde, hat sich die EU-Kommission beispielsweise beim Einsatz von Milchsäure für einen anderen Weg entschieden. Hier hat die EU als Entgegenkommen an Kanada (und an die USA) im Februar 2013 den Einsatz von Milchsäure bei der Oberflächenbehandlung von Rindfleisch-Schlachtkörpern erlaubt (EU-Verordnung 101/2013). Zwar wird dieses Verfahren in der EU zurzeit nicht in der Praxis angewendet, aber es ermöglicht entsprechend oberflächenbehandelte Schlachtkörper aus Kanada zu importieren und birgt außerdem die Gefahr, dass dieses Verfahren in Zukunft auch in der EU gängige Praxis wird. In der EU wird zurzeit handwerklich so geschlachtet, dass zumeist gar keine Oberflächenbehand-

lung notwendig ist. Wenn die Reinigung von Schlachtkörpern notwendig ist, wird Trinkwasser verwendet.

Kanada drängte außerdem darauf, dass die in Dänemark angewendete Praxis, Schlachtkörper mit recyceltem heißem Wasser zu behandeln, von allen EU-Mitgliedsstaaten akzeptiert wird, und stieß damit bei der EU-Kommission auf offene Ohren (Korrespondenz 2014).

Eben diese Vorleistung ist auch in TTIP-Dokumenten zu finden. Davon profitiert aber nicht nur die Schlachtindustrie in Kanada (oder in den USA), sondern auch in Europa, denn dadurch können auch hier Schlachtwege weiter industrialisiert werden. Die zum Teil höherwertige Prozessqualität in Europa soll durch eine chemisch herbeigeführte Produktqualität ausgetauscht werden (AbL 2014).

Der Standardabbau läuft also im Hintergrund auf Hochtouren. Er betrifft neben dem geschilderten Milchsäure-Fall auch weitere Elemente zur weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft, wie etwa Gentechnik und Klonen.

Auch hier sind während den CETA- und TTIP-Verhandlungen Vorleistungen erbracht worden. Immer wieder betonte die EU-Kommission gegenüber ihren nordamerikanischen Gesprächspartnern, dass sie sich für zügige Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in Europa stark machen würde. In diesem Atemzug legte die Kommission 2014 einen Vorschlag für vereinfachte Ausnahmeregelungen für Mitgliedsstaaten vor, die auf ihrem Territorium keine GVO anbauen möchten. In den Erwägungsgründen weist die Kommission ausdrücklich darauf hin, dass der Vorschlag dazu dienen soll, dass Anträge „ohne ungebührliche Verzögerung“ bearbeitet werden sollen. Denn vereinfachte nationale Verbote sollen gleichzeitig zu einer vereinfachten Zulassung in gentechnikfreundlichen Mitgliedsstaaten führen und die derzeitige Patt-Situation bei der Zulassung von GVO beseitigen.

In durchgesickerten Dokumenten wirbt die EU gegenüber den USA beispielsweise damit, dass sie die Gentechnik-Maislinie MIR 162 für den Import zugelassen hat und treibt damit die TTIP-Verhandlungen voran. Selbst in China ist MIR 162 noch nicht zugelassen. Seit Herbst 2013

sind Verunreinigungen bei Maisimporten aus den USA nach China aufgetreten, worauf Gentechnikkonzerne von großen Getreidehändlern verklagt wurden (Volling 2014). Ein weiteres Beispiel ist das Versprechen des Handelskommissars De Gucht gegenüber den USA, sich für eine zügige Importzulassung von acht weiteren gentechnisch veränderten Pflanzen einzusetzen, wenn im Gegenzug der US-amerikanische Markt für Äpfel und Birnen geöffnet würde, die im Zuge des Russlandembargos keinen Absatz finden konnten. In Bezug auf Kanada ist auch auf die Entscheidung des EU-Parlaments von Januar 2014 hinzuweisen, gentechnisch veränderten Pollen in Honig nicht zu kennzeichnen. Für Kanada als einen der größten Exporteure von Honig aus gentechnisch verändertem Raps ist dies zu begrüßen, nicht jedoch für die europäischen VerbraucherInnen, denen durch die mangelnde Kennzeichnung ihre Wahlfreiheit genommen wird.

Auch der Entwurf der EU-Kommission zu Produkten von geklonten Tieren und ihren Nachkommen kann als ein Entgegenkommen gegenüber USA und Kanada gesehen werden. Die Klontechnik vereinfacht den Einsatz von Gentechnik auch in der Tierzucht. Das Klonen von Nutztieren ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch aus genetischer Perspektive. Die Klontechnik fördert die einseitige Ausrichtung der Tierzucht auf höhere Leistung. Doch je genetisch einheitlicher und je stärker auf Leistung getrimmt, desto anfälliger werden die Tiere für Krankheiten. Die Tierarzneiindustrie profitiert, während Tierwohl, Landwirtschaft und VerbraucherInnen Schaden nehmen.

In den USA ist es bereits jetzt erlaubt, Fleisch und Milch von geklonten Tieren und ihren Nachkommen auf den Markt zu bringen. Diese Produkte müssen nicht gesondert gekennzeichnet werden. In Kanada müssen Lebensmittel von geklonten Tieren und ihren Nachkommen ein Zulassungsverfahren durchlaufen, bevor sie auf den Markt gebracht werden dürfen. Die EU-Kommission versucht seit Jahren, ein ähnliches Verfahren auf den Weg zu bringen, anstatt diese Produkte einfach zu verbieten.

Die EU importiert jährlich Stiersamen zur künstlichen Befruchtung im Wert von etwa 23 Millionen Dollar aus den USA (Testbiotech

2010). Welcher Teil davon von geklonten Tieren abstammt, ist mangels Kennzeichnung unbekannt. Daher ist es jetzt schon möglich, dass Produkte von den Nachkommen geklonter Tiere in europäischen Supermarktregalen landen. Die EU-Kommission unternimmt derzeit, nach mehreren gescheiterten Versuchen, erneut einen Anlauf, um eine Regelung für dieses heikle Thema zu finden. Der Haken an der Sache ist, dass Produkte von Tieren, die von geklonten Tieren abstammen, laut dem Entwurf der EU-Kommission nicht reguliert werden sollen. Und das, obwohl man im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens mit Rat und Parlament bereits im Jahr 2011 übereingekommen war, zumindest Rindfleisch aus der 1. Nachkommengeneration zu kennzeichnen. Stattdessen möchte die Kommission nur Produkte von geklonten Tieren regulieren. Doch dies macht keinen Sinn, da Nutztiere nur zum Zweck der Züchtung geklont werden und viel zu wertvoll sind, als dass man aus ihnen Lebensmittel herstellen würde. Was tatsächlich in den Supermärkten landet, sind vielmehr Produkte von den Nachkommen geklonter Tiere.

FAZIT

Die im CETA-Vertrag stark angehobenen zollfreien Quoten für Importe von kanadischem Schweine- und Rindfleisch in die EU würden

einerseits unsere EU-Standards unter Druck setzen und andererseits auf den ohnehin schon übersättigten Märkten den Verfall der Erzeugerpreise anheizen. Unter den dadurch verursachten niedrigeren Einnahmen aus dem Schlachtkuh- und Kälberverkauf würden außerdem noch die Milcherzeuger in Europa leiden. Im Vorfeld der Verhandlungen kurbelte die EU den Standardabbau an, erlaubt die Oberflächenbehandlung von Schlachtkörpern mit Chemie und lässt eine Gentechnikpflanze für den Import zu. Im Milchsektor würden die kanadischen Bauern vier Prozent ihrer nationalen Käseproduktion verlieren. So würde das kanadische Marktregulierungssystem, das den Milcherzeugern kostendeckende Preise ermöglicht, gegen die agrarpolitisch forcierte Weltmarktorientierung des EU-Milchmarktes ausgespielt. Profiteure sind die kanadische Fleischindustrie, die exportorientierten Molkereien und die Gentechnikindustrie in beiden Ländern. Auf der Seite der Verlierer stehen Bäuerinnen und Bauern, die mit immer volatileren Preisen zurechtkommen müssen und in die Abhängigkeit von Agrarkonzernen getrieben werden. Aber auch die VerbraucherInnen, die sich in Europa wiederholt mit großer Mehrheit gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel ausgesprochen haben, müssen nun mit gentechnisch verändertem Honig vorlieb nehmen.





AUSBLICK

Das Europäische Parlament, aber auch die deutsche Bundesregierung darf dem vorliegenden CETA-Text nicht zustimmen und muss sich für den Stopp der TTIP-Verhandlungen einsetzen. Es besteht eine realistische Chance, dass die umstrittenen Freihandelsabkommen verhindert werden können, wenn der öffentliche Druck anhält. Selbst Befürworter der Freihandelsabkommen setzen sich bereits ernsthaft mit dieser Möglichkeit auseinander. So beschreibt der „German Marshall Fund“ die öffentliche Meinung in Deutschland als Zünglein an der Waage, der über das Schicksal der Abkommen entscheiden könnte: „Die öffentliche Diskussion in Deutschland und die anhaltenden Befürchtungen (und teilweise auch Vorurteile) gegenüber TTIP haben ein so großes Ausmaß erreicht, dass PolitikerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks ernsthaft die Möglichkeit eines Scheiterns oder einer Stützung des Abkommens in Betracht ziehen müssen“ (Sparding 2014). Der Autor könnte recht behalten: Bereits öfter wurden in der Vergangenheit umstrittene Abkommen wie ACTA oder MAI durch öffentlichen Druck gekippt.

Handelsabkommen müssen breite gesellschaftliche Anliegen angemessen berücksichtigen. Wer auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger hofft, darf nicht hinter verschlossenen Türen verhandeln. Über die Ziele der Verhandlungen sollte der Gesetzgeber im Vorfeld Gespräche mit zivilgesellschaftlichen Organisationen führen, die sich für Fragen des Allgemeinwohls einsetzen.

Das „Alternative Handelsmandat“ muss als Leitbild einer neuen und zukunftsfähigen EU-Handelspolitik dienen. Zu den zentralen Prinzipien eines „Alternativen Handelsmandats“ zählen die Menschenrechte, die Arbeitnehmer-

rechte und der Umweltschutz. Beim Aushandeln von Handels- und Investitionsverträgen sollen nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft eine deutlich größere Rolle spielen und der Einfluss großer Unternehmen zurückgedrängt werden.

In der Handelspolitik müssen Schutzmechanismen für bäuerliche Märkte weltweit installiert werden, um schädliche Importe zu verhindern. Das gilt für Industrieländer, aber ganz besonders auch für Entwicklungsländer, in denen die Landwirtschaft die Lebensgrundlage für den Großteil der dort lebenden Menschen bietet. Durch diverse Handelsabkommen der EU mit armen Ländern, aber auch durch das WTO-Abkommen sind die Entwicklungsländer der Möglichkeit, ihre landwirtschaftliche Produktion zu schützen, schon weitestgehend beraubt worden.

Die EU-Agrarpolitik muss von der einseitigen Ausrichtung auf Weltmarktorientierung abkehren und die zurzeit stillgelegten Exportsubventionen als Instrument abschaffen. Dafür sind Systeme zu entwickeln, um preissenkende und für Entwicklungsländer schädliche Überschüsse künftig zu vermeiden. Eine strikte Bindung von Agrarsubventionen an ökologische und gesellschaftliche Leistungen ist dafür ein sinnvolles Instrument. Ein Ansatz im Milchsektor ist der bereits im Jahr 2013 vom EU-Parlament in die Diskussion gebrachte freiwillige Lieferverzicht. Ziel sind kostendeckende und existenzsichernde Erzeugerpreise in Europa. Dies würde gleichzeitig Exporten unterhalb der Gestehungskosten Einhalt gebieten und so auch in anderen Ländern Raum für eine am Binnenmarkt orientierte Landwirtschaft schaffen.

Quellen:

- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (2014): Freihandelsabkommen stoppen – unübersehbare Auswirkungen auf die bäuerliche Landwirtschaft, Berlin/Hamm, April 2014
- Cingotti N., Eberhardt P., Feodoroff T., Simon A., Solomon I. (2014): Fracking auf TTIP komm raus. Wie das EU-USA Freihandelsabkommen Klima- und Umweltschutz untergräbt, März 2014
- Corporate Europe Observatory, Transnational Institute (2012) Profiting from Injustice. How law firms, financiers and arbitrators are fuelling an investment arbitration boom. (<http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/profitting-from-injustice.pdf>)
- Corporate Europe Observatory, Transnational Institute, Seattle to Brussels Network (2013) A Transatlantic Corporate Bill of Rights. Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest & democracy. (<http://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/transatlantic-corporate-bill-of-rights-oct13.pdf>)
- Corporate Europe Observatory (2014) Corporate Europe Observatory (CEO). Who lobbies most on TTIP? (<http://corporateeurope.org/international-trade/2014/07/who-lobbies-most-ttip>)
- Deutscher Bundestag (2014): Für ein starkes Primat der Politik – Für fairen Handel ohne Demokratie-Outsourcing. Drucksache 18/1457, Mai 2014
- Eberhardt P., Redlin B., Cecile T. (2014): „Verkaufte Demokratie – Wie die CETA-Regeln zum Schutz von Investoren das Allgemeinwohl in Kanada und der EU bedrohen“, veröffentlicht von Aitec, AK Wien, CCPA, CEO, CUPE, EGÖD, FUE, FoEE, PowerShift, QCEA, RQIC, TNI, T&E, November 2014
- EU-Commission and the Government of Canada: Assessing the costs and benefits of a closer EU – Canada economic partnership, ohne Jahr
- EU-KOM (2010): Handel, Wachstum und Weltgeschehen. Handelspolitik als Kernbestandteil der EU-Strategie. Europa 2029, KOM(2010)612
- EU-KOM (2014): Overview of FTA and other trade negotiations, updated 27 October 2014
- EU-KOM (2013) Verordnung Nr. 101/2013 der Kommission vom 4. Februar 2013 über die Verwendung von Milchsäure zur Verringerung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigungen von Rinderschlachtkörpern.
- Global Meat News (2014) Canada to develop hormone free beef for EU. 8.10.2014 <http://www.globalmeatnews.com/Industry-Markets/Canada-to-develop-hormone-free-beef-for-EU>
- Hartmann A. (2014). „Risiken und Gefahren im CETA-Kapitel zu Regulatorischer Kooperation“ in: Kurzbriefing zu „Making Sense of the CETA“ Europäische Perspektive auf das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada. Hrsg.: Powershift, ABL, FUE, Weed, November 2014
- Korrespondenz (2014): Briefwechsel zwischen dem kanadischen Landwirtschaftsminister Gerry Ritz und dem EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg, 11. April 2014 (<https://netzpolitik.org/2014/europaeisch-kanadisches-freihandelsabkommen-wir-veroeffentlichen-saemtliche-geheime-ceta-dokumente/>)
- Mayer F.C. (2014): Stellt das geplante Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) ein gemischtes Abkommen dar?, Rechtsgutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 28. August 2014
- Sinclair S., Trew S., Mertins-Kirkwood H. (2014), Making Sense of the CETA: An Analysis of the Final Text of the Canada-European Union Comprehensive Economic and Trade Agreement, Canadian Centre for Policy Alternatives, September 2014
- Sinclair S. (2014): Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Geplantes Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement – CETA)“, Deutscher Bundestag, Ausschussdrucksache 18(10)103-B, Juni 2014
- Sparding, P. (2014) Germany's pivotal role on the way to TTIP, The German Marshall Fund of the United States, Europe Policy paper 5/2014
- Stoll Prof. Dr. P-T, Krüger Dipl. jur. H., Agrar- und verbraucherpolitische Auswirkungen des Comprehensive Economic and Trade Agreements (CETA) zwischen der EU und Kanada, Kurzstudie, Institut für Völkerrecht und Europarecht Universität Göttingen, Januar 2014
- Testbiotech (2010) Klonen von Nutztieren – eine ‚todsichere‘ Anwendung? Risiken und Konsequenzen des Einsatzes von Klontieren für die Lebensmittelerzeugung www.testbiotech.org/sites/default/files/Klonstudie_deutsch.pdf
- Thomsen B. (2013): System billiges Schweinefleisch – Folgen der europäischen Exportorientierung für bäuerliche Strukturen in Deutschland und Bedeutung für Entwicklungsländer, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Hamm, 1. Halbjahr 2013
- Volling A. (2014): Cargill verklagt Syngenta, in: Unabhängige Bauernstimme 10-2014

Weiterführende Links zum Thema

- Attac
<http://www.attac.de/TTIP-in-Kommunen>
- Alternatives Handelsmandat:
<http://www.alternativetrademandate.org/>
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
<http://www.abl-ev.de/themen/fairen-welthandel/positionen.html>
- Brot für die Welt:
<https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/moegliche-auswirkungen-ttip-auf-entwicklung>
- Bundesverband Deutscher Milchviehalter:
<http://bdm-verband.org/html/index.php?module=Content&func=view&cat=32&pid=6>
- Germanwatch
<https://germanwatch.org/de/thema/weltern%C3%A4hrung/internationale-agrarpolitik-und-wto>
- MISEREOR
<http://www.misereor.de/themen/wirtschaft-fuer-die-armen/weltagrarhandel.html>
- Stopp TTIP und CETA. Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative:
<https://stop-ttip.org/de/unterschreiben/>
- TTIP Unfairhandelbar
<http://www.ttip-unfairhandelbar.de/>
- National Farmers Union (NFU)
<http://www.nfu.ca/story/ceta-delivers-lucrative-markets-european-exporters-empty-promises-canadian-farmers-says-nfu>
- Bundesverband Verbraucherzentrale
<http://www.vzbv.de/14122.htm>

Impressum

Autorin:

Berit Thomsen, Januar 2015

Im Auftrag von:

Maria Heubuch, MdEP
Die Grünen/EFA
Europäisches Parlament
60, Rue Wiertz – ASP 4F366
B-1047 Brüssel
Tel: +32 22 84 53 35
maria.heubuch@ep.europa.eu
www.maria-heubuch.de



Layout: Frank Bechthold

Bildnachweise:

Titel: fotolia/creative commons, Seite 3: privat, Seite 4: Berit Thomsen, Seite 6: Fred Dott, Seite 8: Fred Dott, Seite 10: Neuland, Seite 12: Fred Dott, Seite 15: Berit Thomsen, Seite 16: Berit Thomsen